



Pressemitteilung

München, 12.Juni 2019

Eine schlechte Woche für Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechte

Das Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern wendet sich deutlich gegen Kernbestandteile der im Bundestag vergangene Woche ohne sachliche Trennung und ausreichende Beratungszeit abgestimmten Gesetzespakete. Menschen werden systematisch existenzielle Rechte entzogen – bis hin zum Freiheitsentzug und zur Streichung selbst des materiellen Existenzminimums. Die Gesetzespakete treiben die Spaltung der Gesellschaft voran, indem rassistische rechtspopulistische Forderungen aufgegriffen werden, die zivilgesellschaftliche Unterstützung von Migrant*innen kriminalisiert wird und Zugangsschwellen zur Ausbildungsduldung und zur Arbeit eingeführt werden.

„Das materielle Existenzminimum ist ein Menschenrecht, die dauerhafte gänzliche Streichung von Leistungen ist ein präzedenzloser Skandal.“, so Marina Mayer vom Vorstand des Netzwerkes

Die seit 2016 bestehende Regelung, dass Abschiebungen nicht angekündigt werden, führt zu traumatisierenden überfallartigen Situationen für Menschen, die ohnehin Krieg und staatliche Gewalt durchlebt haben und nun unerwartet aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen werden. Abschiebungen sind kein "Geheimnis" für Staatsbedienstete.

Auch aus Sicht von Gewerkschaften schien der Ausbau der Finanzkontrolle Schwarzarbeit dringend angezeigt, um dem systematischen Unterlaufen von Mindestlöhnen wirksam entgegenzutreten. Solche Arbeitsausbeutung richtet sich meistens gegen migrantische Beschäftigte. Dass nun aber sogenannte Tagelöhnermärkte strafbewehrt sein sollen - und zwar für die Beschäftigung Suchenden, ist aus unserer Sicht höchst bedenklich. In den letzten Jahren konnten einige Fortschritte in der Bekämpfung von Diskriminierung erreicht werden. People of Color erzielten einige Erfolge, wenn sie sich juristisch gegen rassistisch begründete Kontrollen durch Polizei oder Sicherheitsdienste (Racial Profiling) zur Wehr setzten. Wir sehen die Gefahr, dass Menschengruppen in der Öffentlichkeit nun vermehrt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft mit Kontrollen, Vertreibung (Platzverweise) und sogar Strafverfahren konfrontiert sein werden.

„Dass Asylbewerber*innen gesetzlich dazu gezwungen sind in Ankerzentren und in Mehrbettzimmern in Gemeinschaftsunterkünften zu leben und nicht ausziehen dürfen, bedeutet für sie eine psychisch belastende Situation. Mit diesem Zwang auch noch einen Ausschluss von der anstehenden Erhöhung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu begründen, ist zynisch.“, so Hamado Dipama vom Vorstand des Netzwerkes.

Mehr Infos und Kontakt:

Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V.

Zeppelinstr.63,

81669 München

Tel. 089416159959

info@rassismusfreies-bayern.net

www.rassismusfreies-bayern.net

Hamado Dipama: Tel.: 01749762448

Marina Starr: Tel.: 015111084542